

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen für die Wustermarker Gemeindevertretersitzung am 21.02.2017



Die Gemeindevertretung fasst auf Grundlage der Beschlussdrucksache B44/2014 und den von der Gemeindeverwaltung erarbeiteten Ergebnissen den Beschluss zur Umwandlung der Oberschule Elstal in eine Gesamtschule. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt die Umsetzung des Beschlusses zu verfolgen sowie die erforderlichen Schritte, in Abstimmung mit der Gemeindevertretung, in die Wege zu leiten.

Insbesondere ist zum Entwurf des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Havelland eine entsprechende Stellungnahme abzugeben und zu hinterfragen, wie der Entwurf innerhalb einer Pressekonferenz des Landkreises am 07. Februar 2017 vorgestellt werden konnte, obwohl weder der Kreistag darüber abgestimmt, noch die betroffenen Gebietskörperschaften zuvor angehört wurden.

Sachverhalt/ Begründung:

Der Landkreis Havelland hat die Aufgabe die Schulentwicklungsplanung als Selbstverwaltungsaufgabe wahrzunehmen. Mit den kreisangehörigen Schulträgern ist das Einvernehmen herzustellen. Mit Schreiben vom 07.02.2017 wurde die Gemeinde Wustermark zur Abgabe einer Stellungnahme für den Entwurf der Schulentwicklungsplanung aufgefordert.

Einzelne Aussagen und Positionierungen im Entwurf des Schulentwicklungsplanes gehen nicht mit den in der Gemeinde Wustermark bisher vorherrschenden Entwicklungsabsichten konform.

Die Gemeinde wurde von der Vorstellung des Schulentwicklungsprogrammes überrascht, da es im Vorfeld der Entwurfserarbeitung keine Gespräche zu diesem Thema mit der Gemeinde als Schulträger gegeben hat. Der Schulentwicklungsplan setzt den Rahmen der gemeindlichen Schulentwicklung für die kommenden 10 Jahre.

Bei einer Entscheidung dieser Tragweite muss davon ausgegangen werden, dass alle realistischen Entwicklungsoptionen transparent durchleuchtet und gegeneinander abgewogen werden und zwar in einem offenen Verfahren.

Es gilt zu hinterfragen, ob dies in einem angemessenen Maß erfolgt ist und ob das gewählte Verfahren geeignet war die Gemeinde Wustermark in ihren Rechten zu beeinträchtigen.

Entsprechend besteht großer Bedarf eine detailtiefe Betrachtung des Entwurfs vorzunehmen, möglichst noch vor Frist zur Abgabe der Stellungnahme ein Gespräch mit den Verantwortlichen Mitarbeitern der Kreisverwaltung zu führen und das weitere Vorgehen der Gemeinde sowie die konkrete Stellungnahme zum Entwurf mit den kommunalen Entscheidungsträgern abzustimmen.

CDU Fraktion

Oliver Kreuels

SPD-Fraktion

Manfred Rettke

Bündnis90/ Die Grünen

Thomas Türk